

# SALVATORIANER

## DAS GENERALDIREKTORIUM DER GESELLSCHAFT DES GÖTTLICHEN HEILANDES

Mit den Änderungen der Generalkapitel seit 1987  
und vom Hl. Stuhl gutgeheißen

Veröffentlicht durch das Generalat  
der Gesellschaft des Göttlichen Heilandes  
Rom, 21. Juli 2019

### UNSERE SALVATORIANISCHE BERUFUNG UND SENDUNG

- 1.1 Das Wappen der Gesellschaft zeigt das Bild des lehrenden Heilandes mit dem Kreuz im Hintergrund und der Umschrift: Jesus Christus, Dei Filius, Salvator (Jesus Christus, Sohn Gottes, Heiland).
- 1.2 Das Siegel der Gesellschaft zeigt dasselbe Bild des lehrenden Heilandes mit dem Kreuz, jedoch mit der Umschrift des jeweiligen Amtes oder Amtsträgers.
- 1.3 Zum Habit der Gesellschaft gehört ein Zingulum mit vier Knoten, die auf die drei Gelübde und auf das Apostolat hinweisen. Das Tragen des Habits wird in den Provinzstatuten geregelt unter Berücksichtigung der Gepflogenheiten der Ortskirche.
- 1.4 Das Titularfest unserer Gesellschaft ist das Fest der Geburt unseres Herrn und Heilandes (25. Dezember). Das marianische Hauptfest ist das Fest Mater Salvatoris (11. Oktober). Unseren Gründungstag feiern wir am Fest der Unbefleckten Empfängnis, an dem wir unsere Bindung an Gott in der Gesellschaft erneuern (8. Dezember). Weiter verehren wir Maria als Königin der Apostel, feiern die Feste unserer Patrone und gedenken des Festes der seligen Maria von den Aposteln (5. September) und des Todestages unseres Gründers (8. September).
- 1.5 Mitglieder unserer Gesellschaft sind jene, die Gelübde in unserer Gesellschaft abgelegt haben: Priester, Diakone, Brüder, Scholastiker gemäß unseren Satzungen und dem allgemeinen Recht der Kirche. Aufgrund ihrer Taufe und Ordensprofess besteht zwischen allen Mitgliedern eine fundamentale Gleichheit in Bezug auf die Würde und das Handeln, wodurch alle im Leben und in der Sendung der Gemeinschaft mitwirken, entsprechend den Gegebenheiten und Aufgaben eines jeden Einzelnen.
- 1.6 Die Gesellschaft des Göttlichen Heilandes, die Kongregation der Schwestern vom Göttlichen Heiland und die Internationale Gemeinschaft vom Göttlichen Heiland bilden die Salvatorianische Familie. Sie sind alle vom gleichen Charisma inspiriert und haben die gleiche Sendung. Getreu der Vision P. Jordans strebt die Gesellschaft ihre Sendung durch Zusammenarbeit mit der Kongregation und der Internationalen Gemeinschaft zu erfüllen. Die Gesellschaft unterstützt salvatorianische Ideale auch bei anderen und ermutigt sie, apostolisches Engagement zu entfalten, um den christlichen Geist in ihrem Wirkungsfeld zu verwirklichen.

## 2. KAPITEL

### UNSER APOSTOLISCHES LEBEN

- 2.1 Jede Provinz hat die Pflicht und das Recht, in Absprache mit der Ortskirche ihre eigenen apostolischen Werke zu wählen. Die Provinz legt in ihren Provinzstatuten das Verfahren für die Annahme, Weiterführung und Auflösung von apostolischen Werken fest. Bei der Wahl ihrer Apostolate berücksichtigt sie die Empfehlungen des Generalkapitels, leistet seinen Ordinationen Folge und hält Rücksprache mit dem Generalat. Wenn in einer Provinz die Ausrichtung der Apostolate geändert werden soll, ist die Zustimmung des Generalates einzuholen.
- 2.2 Es ist Aufgabe des Provinzkapitels, die apostolischen Werke der Provinz zu überprüfen und sie den Erfordernissen der Zeit anzupassen.
- 2.3 Von den Mitgliedern wird erwartet, dass sie bereitwillig bei den gemeinschaftlichen apostolischen Werken mitarbeiten und diese mittragen.
- 2.4 In Übereinstimmung mit dem Willen Christi, dass alle eins seien, arbeiten wir bereitwillig bei den ökumenischen Bestrebungen im Volk Gottes mit.
- 2.5 Es ist Aufgabe der Provinzen, Mitglieder und Mitarbeiter für den Dienst in den jungen Kirchen zu suchen und auszubilden sowie für geistliche und materielle Hilfe zu sorgen.
- 2.6 Bevor Mitglieder ihren Dienst in der Kirche anderer Länder und Kulturen beginnen, erhalten sie eine besondere Ausbildung, damit sie den Lebensstil und die Denkweise des Volkes, dem sie dienen werden, besser verstehen und sich darin einfügen.
- 2.7 Im Geist des Gründers setzen wir in unseren Apostolaten alle modernen Kommunikationsmittel ein.
- 2.8 Jede Einheit und das Mutterhaus haben umfassende Leitlinien zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und schutzbefohlenen Erwachsenen.
  - a) Diese Leitlinien sind vom Generaloberen mit der Zustimmung seines Rates gutgeheißen und promulgiert und werden während jeder Amtszeit eines Generalates überprüft.
  - b) In den Einheiten werden diese Leitlinien von einem ständigen Ausschuss, dem eine Mehrheit von Laienspezialisten in diesem Bereich angehört, umgesetzt.

c) Jedes Apostolat der Gesellschaft, das Kinder oder schutzbedürftige Erwachsene betrifft, hat eigene Leitlinien für diesen Bereich.

d) Diese Leitlinien müssen folgende Punkte beinhalten:

- i) das Errichten eines Ausschusses auf der Ebene der Einheit, mit Einbeziehung von Laienspezialisten,
- ii) die neutrale und objektive Untersuchung aller Beschuldigungen,
- iii) Vorkehrungen für ein teilnahmsvolles Engagement für und die Sorge um die Opfer,
- iv) eine angemessene Behandlung der beschuldigten Mitglieder,
- v) das Informieren der Zivilbehörden,
- vi) die regelmäßige Ausbildung von Mitgliedern, sowohl in der Anfangs- aus- bildung wie in der Fortbildung, im Bereich des rechten Verhaltens und der Realität des sexuellen Fehlverhaltens.
- vii) die Leitlinien und Verfahren der universalen und der lokalen Kirche.

2.9 Damit die Umsetzung dieser Präventions-Leitlinien gewährleistet ist,

a) erstatten die Oberen der Einheiten dem Generaloberen so schnell wie möglich Bericht über alle Beschuldigungen eines Mitbruders in Bezug auf sexuelles Fehlverhalten mit Kindern oder schutzbefohlenen Erwachsenen, unter Angabe der Maßnahmen, die man in diesem Fall ergriffen hat.

b) erstellt das Generalat ein Verfahren, damit sichergestellt wird, dass es über alle Beschuldigungen gegen unsere Mitbrüder in Bezug auf Missbrauch gegenüber Kindern oder schutzbefohlenen Erwachsenen informiert wird anhand eines jährlichen Fragebogens an die Oberen der Einheiten. Dieser Fragebogen prüft alle Maßnahmen, welche die Einheiten unternehmen, um sicher zu stellen, dass die korrekten Verfahrensschritte umgesetzt worden sind.

### UNSER LEBEN NACH DEN EVANGELISCHEN RÄTEN

#### *DIE EVANGELISCHEN RÄTE IM ALLGEMEINEN*

- 3.1 Die Verpflichtung zu einem Leben der evangelischen Räte der ehelosen Keuschheit, der Armut und des Gehorsams in der Gesellschaft des Göttlichen Heilandes wird zunächst in der Profess der zeitlichen, dann der ewigen Gelübde übernommen.
- 3.2 Ein Dokument mit Angabe von Ort und Zeit der zeitlichen oder ewigen Profess muss vom betreffenden Mitglied und von dem, der die Profess entgegennimmt, unterzeichnet werden. Es muss im Provinzarchiv hinterlegt werden.

#### *ARMUT*

- 3.3 Die Provinzstatuten stellen sicher, dass die in Art. 317 und 318 genannten Dokumente rechtzeitig und rechtsgültig abgefasst werden. Diese Dokumente werden im Provinzarchiv aufbewahrt.
- 3.4 Die Gemeinschaft achtet insgesamt darauf, dass alle Mitglieder gleichmäßig versorgt sind. In Bezug auf die persönlichen Bedürfnisse werden die unterschiedlichen Bedingungen, wie Arbeit, Gesundheit und Alter der Mitglieder berücksichtigt.
- 3.5 Persönliche Konten oder Kassen, über welche die Gemeinschaft keine Kontrolle und Verfügung hat, sind untersagt. Gemäß den Provinzstatuten legen die Mitglieder Rechenschaft ab über ihre Gelder.
- 3.6 Die Gesellschaft verwendet ihren Besitz nur für die Ausbildung und den Unterhalt ihrer Mitglieder, für die Verwirklichung ihrer apostolischen Werke, für die Verbesserung der Lage der Armen und Notleidenden und für die Unterstützung karitativer Werke. Die Provinzstatuten enthalten dazu konkrete Normen.
- 3.7 Wo immer in der Welt Salvatorianer leben, muss sich ihr Lebensstil durch Einfachheit und Anspruchslosigkeit auszeichnen. Unsere Gemeinschaften müssen jeden Luxus, jedes Gewinnstreben und das Anhäufen von kollektivem Reichtum vermeiden. Die Provinzstatuten enthalten dazu Normen.

- 3.8 So weit wie möglich kommt jede Hausgemeinschaft für den eigenen Lebensunterhalt auf und trägt zur Verwaltung und Entwicklung der Provinz, zur Erziehung und Ausbildung der Mitglieder und zur angemessenen Pflege der kranken und alten Mitbrüder bei.
- 3.9 Gütergemeinschaft besagt auch, dass die Apostolate, die in den einzelnen Provinzen Priorität haben, von allen Mitgliedern und Gemeinschaften der Provinz unterstützt werden. Sie schließt auch die Solidarität der Provinzen untereinander, mit den Missionen und der Gesellschaft als ganzer ein.

### *GEHORSAM*

- 3.10 Jede Gemeinschaft hat regelmäßig Zusammenkünfte, in denen die Mitglieder in Achtung der Interessen des einzelnen, der Gemeinschaft, der Gesellschaft und der Kirche aufeinander hören, um so besser Gottes Willen zu erkennen und zu erfüllen.
- 3.11 Es ist Pflicht der Obern, die Gemeinschaft zu Entscheidungen zu führen und dafür zu sorgen, dass diese zur Durchführung kommen. Kommt sie zu keiner Entscheidung, befolgt die Gemeinschaft die Entscheidung des Obern.
- 3.12 Mitglieder, die in einen Gewissenskonflikt geraten bezüglich einer ihnen zugewiesenen Aufgabe, sollen ihren eigenen Standpunkt und den des Obern und der Gemeinschaft gewissenhaft prüfen. Sie können, falls sie es für notwendig halten, Berufung einlegen.

## 4. KAPITEL

### UNSER GEMEINSCHAFTSLEBEN

- 4.1 Die Provinzstatuten enthalten Richtlinien zur Aufrechterhaltung und Förderung des Gemeinschaftslebens.
- 4.2 Private Angelegenheiten der Gemeinschaft und ihrer Mitglieder sind vertraulich zu behandeln.
- 4.3 Heimatbesuche, Urlaub und Privatreisen sind in den Provinzstatuten näher geregelt.
- 4.4 Unsere brüderliche Sorge richtet sich auch auf die, welche die Gesellschaft verlassen haben; wir halten so weit wie möglich den Kontakt mit ihnen aufrecht.
- 4.5 Wir pflegen Gastfreundschaft in unseren Häusern. Eltern und Verwandte, Wohltäter und Mitarbeiter sind besonders willkommen und haben einen besonderen Platz in unseren Gebeten.
- 4.6 Alle, die im Dienst unserer Gemeinschaft stehen, werden nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit und christlichen Liebe behandelt.

## 5. KAPITEL

### UNSERE CHRISTUSVERBUNDENHEIT

- 5.1 Wir fördern eine lebendige Liturgie in unseren Häusern und in unserem seelsorglichen Dienst, damit sich alle aktiv daran beteiligen können.
- 5.2 Wir verwenden täglich wenigstens eine halbe Stunde für die Betrachtung und ebenso eine bestimmte Zeit für die geistliche Lesung.
- 5.3 Wir anerkennen die Bedeutung der Selbstdisziplin, die Grundsätze des asketischen Lebens und die Notwendigkeit guter körperlicher und seelischer Gesundheit als einen wichtigen Teil des geistlichen Lebens. Obere und Gemeinschaften sollen dafür sorgen, dass Führung verfügbar ist, und die einzelnen Mitglieder ermutigen, wenn nötig Hilfe zu suchen.

AUSBILDUNG - FORTBILDUNG – WEITERBILDUNG

*BERUFE*

- 6.1 Die Provinzen treffen Vorsorge für geeignetes Personal, für ein entsprechendes Programm und für materielle Grundlagen, um Berufungen für die Kirche und die Gesellschaft zu fördern. Näheres wird in den Provinzstatuten festgelegt.
- 6.2 Es ist Aufgabe eines jeden Mitglieds, sich um Berufe zu bemühen. Wir fördern den monatlichen Gebetstag um Berufe.

*AUFNAHME IN DIE GESELLSCHAFT*

- 6.3 Der Aufnahme in das Noviziat geht eine Kandidatur voraus. Die Provinzstatuten enthalten Kriterien für die Aufnahme in die Kandidatur, Normen für ihre Dauer und Form sowie andere Einzelheiten.

*NOVIZIAT*

- 6.4 Zu den unerlässlichen Themen des Studienprogramms während des Noviziates gehören: Heilige Schrift und grundlegende Glaubensfragen, Ordensleben und Gelübde; unsere Satzungen, unser Charisma und unsere Geschichte; weiterhin das Studium der sozialen, kulturellen und theologischen Wirklichkeit des Apostolates. Berufsausbildung soll während des Noviziates nicht stattfinden.
- 6.5 Jede Provinz kann in ihr Noviziatsprogramm ausbildungsfördernde Zeiten apostolischer Tätigkeiten außerhalb des Noviziatshauses gemäß dem allgemeinen Recht der Kirche einfügen.
- 6.6 Die Novizen stehen unter der Leitung des Novizenmeisters, der für die Durchführung des Ausbildungsprogramms im Noviziat verantwortlich ist.

*ZEITLICHE UND EWIGE PROFESS*

- 6.7 Das Noviziat endet mit der Ablegung der zeitlichen Profess.

- 6.8 Mitglieder der Gesellschaft sind jene, die zeitliche Profess abgelegt haben. Mit der ewigen Profess sind sie endgültig in unserer Gemeinschaft eingegliedert mit all ihren Rechten und Pflichten, wie sie in den Satzungen beschrieben sind.
- 6.9 Während der zeitlichen Bindung und für die Dauer der ordentlichen Studien wird die Ausbildung des Mitglieds fortgesetzt. Alle, die sich auf das Priestertum und das ständige Diakonat vorbereiten, bleiben bis zur Weihe bzw. bis zum Abschluss der ordentlichen theologischen Studien unter der Führung des Ausbildungsleiters.
- 6.10 Die zeitliche Profess wird jedes Jahr erneuert, wenigstens drei Jahre, in der Regel nicht mehr als sechs, in Ausnahmefällen bis zu neun Jahre lang. Die Professerneuerung kann nach den Richtlinien des allgemeinen Rechtes vorverlegt werden. Innerhalb dieser Zeitgrenzen können die Provinzstatuten noch genauere Angaben machen.
- 6.11 Das Mitglied legt die zeitliche und ewige Profess nach dem Ritus ab, wie er im 'Ordo Professionis Religiosae' festgelegt ist. Der öffentlichen Ablegung der ewigen Gelübde geht eine Zeit der geistlichen Erneuerung voraus. Näheres regeln die Provinzstatuten.

#### *FORTBILDUNG UND WEITERBILDUNG*

- 6.12 Alle Mitglieder haben die Pflicht, an Programmen der persönlichen Fortbildung und beruflichen Weiterbildung teilzunehmen. Die Provinzstatuten geben an, wie dies durchzuführen ist, und treffen Vorsorge für das notwendige Personal und die erforderlichen Mittel.
- 6.13 Es ist notwendig, dass alle Mitglieder Freizeit haben und dass sie für einen gesunden Ausgleich zwischen Arbeit und Erholung sorgen.

#### *AUSBILDUNGSPROGRAMME*

- 6.14 Jede Provinz erstellt ein Programm für die Ausbildung und Fortbildung, das sowohl das Charisma und das apostolische Ziel unserer Gesellschaft als auch die kirchlichen Vorschriften und die kulturellen und sozialen Bedingungen ihres Landes beachtet. Das Ausbildungsprogramm braucht die Gutheißung des Generalates.
- 6.15 Wo es wünschenswert erscheint, kann ein gemeinsames Ausbildungsprogramm auf interprovinzieller oder regionaler Ebene erstellt werden. Die Provinzen arbeiten weiterhin darin zusammen, dass sie Ausbildungsunterlagen und Methoden untereinander austauschen.

- 6.16 Die Provinzen überprüfen regelmäßig ihr Ausbildungsprogramm und stellen sicher, dass es den Erfordernissen entspricht.
- 6.17 Alle Provinzen sorgen dafür, dass sich geeignete Mitglieder für Leitungsaufgaben in der Ausbildung und Fortbildung vorbereiten.

### DIE LEITUNG DER GESELLSCHAFT

#### LEITUNG IM ALLGEMEINEN

##### 7.1 Folgende Grundsätze regeln unsere Teilhabe an der Leitung:

- a) Teilhabe an der Verantwortung besagt, dass das Wohl der Gesellschaft von der verantworteten Sorge aller Mitglieder abhängt. Deshalb nehmen die Mitglieder an der Ausübung der gemeinsamen Verantwortung Teil durch aktive Beteiligung an den verschiedenen Formen der Leitung und durch ernste Mitarbeit, Gespräch und Beratung miteinander und mit denen, die der Gemeinschaft in einem Amt dienen.
- b) Subsidiarität besagt, dass Beschlüsse auf der niedrigsten-möglichen und der höchst-nötigen Ebene gefasst werden sollen. Sie schützt die freie Initiative und relative Autonomie von Einzelnen und von niederen administrativen Einheiten in Bezug auf die höhere Autorität. Die höheren Autoritäten stimmen die Bemühungen der niederen Ebene aufeinander ab und einigen sie. Sie fördern die Ziele der niederen Einheiten und leisten, wenn nötig, auch Hilfe. Die höhere Ebene greift nur dann ein, wenn es für das Gemeinwohl, das Wohl der in Frage stehenden Gemeinschaften oder der niederen Gemeinschaften notwendig ist.
- c) Solidarität besagt, dass jedes Mitglied und jede Gruppe das Wohl aller achten und daran mitarbeiten muss, sowohl auf der eigenen Ebene als auch auf den anderen. Die Einheiten wirken mit dem Generalat zusammen, wenn es Aktionen unternimmt und Richtlinien erlässt, um das Gemeinwohl zu fördern.
- d) Verantwortung und Rechenschaft besagt, dass jedes Mitglied bereit sein muss, die rechtmäßigen Weisungen derer, die Autorität haben, anzunehmen, und dass diejenigen, die Autorität haben, dafür sorgen müssen, dass die Mitglieder am Geist, der Tradition und den Satzungen der Gesellschaft festhalten. Alle, die ein Amt innehaben, sind Gott, der Kirche und der Gemeinschaft gegenüber verantwortlich. In bestimmten Angelegenheiten müssen alle, die in der Gesellschaft eine besondere Verantwortung haben, offene Berichte über ihre Verwaltung geben, so wie es in unseren Satzungen festgelegt ist.

##### 7.2 Aktives und passives Wahlrecht sind wie folgt festgelegt:

- a) Mitglieder, die auf Grund eines Vertrages in einer anderen Einheit leben und arbeiten, haben aktives und passives Wahlrecht in dieser Einheit, solange der Vertrag besteht. In der

Heimateinheit behalten sie das passive Wahlrecht nur entsprechend den Bestimmungen des Vertrages.

b) Die Mitglieder des Generalates und der Generalökonom behalten das aktive Wahlrecht in ihrer Einheit. Die anderen Amtsträger und Mitarbeiter des Generalates behalten das aktive und passive Wahlrecht in ihrer Einheit für die Dauer ihrer Abwesenheit entsprechend dem Vertrag zwischen der Einheit und dem Generalat.

c) Exklausurierte Mitglieder haben weder aktives noch passives Wahlrecht.

d) Mitglieder können ihr aktives Wahlrecht nur jeweils in einer Einheit ausüben.

## *DAS GENERALKAPITEL*

7.3 Das folgende Verfahren ist bei der Einberufung eines Generalkapitels zu beachten:

a) Der Generalobere beruft das ordentliche Generalkapitel neun Monate vor dessen Beginn ein.

b) In seinem Einberufungsschreiben gibt er Zeit und Ort des Generalkapitels an, die vom Generalat nach Beratung mit der Generalsynode festgelegt wurden.

c) Der Generalobere gibt auch allgemeine vom Generalkapitel zu behandelnde Themen an; die Agenda kann aber auf Wunsch der Provinzkapitel und einzelner Mitglieder durch weitere Themen ergänzt werden.

d) Der Brief des Generaloberen erinnert die Mitglieder an die Wichtigkeit des Kapitels und fordert sie dringend auf, das Kapitel mit ihrem Gebet zu unterstützen.

7.4 Jede Provinz hält innerhalb von vier Monaten nach dem Versand des Einberufungsschreibens ein Provinzkapitel ab, auf dem die Delegierten zum Generalkapitel gewählt und Vorschläge für das Generalkapitel erstellt werden. Die Ergebnisse des Kapitels werden innerhalb von fünf Monaten nach Versand des Einberufungsschreibens dem Generalat zugeschickt.

7.5 Das Generalat sorgt für Personal im Sekretariat, für Übersetzer, Protokollführer und anderes Personal, das für die Wirksamkeit des Generalkapitels notwendig ist.

7.6 Delegierte und ihre Vertreter für das Generalkapitel werden nach folgendem Verhältnis gewählt: aus den Provinzen und Propvinzen und Vikariaten nach folgenden prozentualen Anteilen: für jede angefangene Gruppe von fünfzig Mitgliedern mit zeitlicher und ewiger Profess wählen die Einheiten einen Delegierten mit ewigen Gelübden. Ein Mitglied zählt

nur dort, wo es sein aktives Wahlrecht ausübt. Der Stichtag für die Zahl der Delegierten ist der Tag, an dem der Generalobere sein Einberufungsschreiben ausschickt.

7.7 Das Generalat oder das Generalkapitel können in eigener Vollmacht oder auf Ersuchen einer Provinz Fachleute zum Generalkapitel berufen. Diese sind keine Mitglieder des Kapitels und haben weder aktives Stimmrecht noch passives Wahlrecht für irgendein Amt im Kapitel.

7.8 Vor der ersten Sitzung des Generalkapitels veröffentlicht das Generalat die Verfahrensordnung und die Agenda zur Beurteilung durch die Kapitulare.

7.9 Unter dem Vorsitz des Generaloberen besprechen, verbessern und heißen die Kapitulare die Verfahrensordnung und die Agenda gut und können Arbeitsgruppen aufstellen und ihnen Arbeitsbereiche zuweisen.

7.10 Die anderen Offiziale des Generalkapitels werden folgendermaßen gewählt:

a) Der Vorsitzende schlägt Mitglieder des Generalkapitels für die Ämter der Skrutatoren, des Kapitelssekretärs und der beiden stellvertretenden Vorsitzenden vor, nachdem er die Zustimmung der Betreffenden eingeholt hat. Das Wahlverfahren ist das gleiche wie bei der Wahl der Generalkonsultoren.

b) Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen des Generalkapitels werden von den Mitgliedern der einzelnen Arbeitsgruppen nach den von ihnen angenommenen Verfahrensnormen gewählt.

7.11 Das Leitungsgremium setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden und zwei Vizevorsitzenden, dem Kapitelssekretär und einem Mitglied des Generalates. Es leitet die Vorgänge des Kapitels und ist berechtigt, Änderungen in der Agenda und in den Vorgehensweisen des Kapitels vorzuschlagen, falls erforderlich. Es legt den Tagesplan fest und koordiniert die Arbeit der Komitees und die Plenarsitzungen des Kapitels. Der Vorsitzende des Kapitels hat auch den Vorsitz des Leitungsgremiums, handelt offiziell im Namen des Kapitels und legt dem Generalat das Protokoll des Kapitels vor.

7.12 Die Skrutatoren des Kapitels achten darauf, dass die Stimmzettel für die Wahlen gültig, d.h. geheim und einzeln abgegeben werden. Bevor sie die Ergebnisse der Wahl feststellen, müssen sie die Stimmzettel zählen. Die Zahl der Stimmzettel darf nicht größer sein als die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten. Dann zählen sie laut die Stimmen aus. Am Ende der Auszählung gibt der Vorsitzende des Kapitels das offizielle Ergebnis der Abstimmung oder der Wahl bekannt.

7.13 Die Protokollführer des Generalkapitels führen bei den Plenarsitzungen das Protokoll. Sie stellen es sobald wie möglich fertig und machen es den Kapitularen zugänglich.

7.14 Der Kapitelssekretär koordiniert die Sekretariatsarbeiten. Er stellt sicher, dass alles Material übersetzt, maschinengeschrieben, vervielfältigt und unter den Kapitularen verteilt wird. Er sorgt dafür, dass eine Arbeitsgruppe vom Kapitel ausgewählt wird, die das Protokoll liest, gutheißt und unterzeichnet.

7.15 Das Generalkapitel kann bestimmte Aufgaben an Arbeitsgruppen übergeben. Aufgabe einer Arbeitsgruppe ist es, die ihr zugewiesene Sache zu studieren, die Vorlagen der Vorbereitungskommission zu beachten und schriftliche Eingaben für die Behandlung in der Plenarsitzung zu erstellen. Jede Arbeitsgruppe stellt Ihre Vorschläge in der Plenarsitzung selbst vor und gibt Erläuterungen dazu.

7.16 Das Generalkapitel legt mit der absoluten Stimmenmehrheit der anwesenden Kapitulare den Zeitpunkt der Wahl des Generalates fest. Falls eine Testwahl für den Generalobern stattfindet, muss wenigstens ein Tag bis zur Wahl verstreichen. Dem Generalobern muss nach seiner Wahl Zeit gelassen werden, seine Kandidaten für die Ämter des Generalvikars und der Generalkonsultoren auszuwählen. Jedes Mitglied, das ins Generalat gewählt ist und nicht als Mitglied des Generalkapitels zugegen ist, hat aktives Stimmrecht für den weiteren Verlauf des Kapitels. Mitglieder des scheidenden Generalates behalten weiter aktives Stimmrecht und passives Wahlrecht im Kapitel.

7.17 Der Vorsitzende des Kapitels nimmt den Antrag zur Beendigung des Kapitels an oder ersucht, einen solchen Antrag zu stellen. Dieser Antrag muss mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Stimmberechtigten angenommen werden. Das Kapitel kann unerledigte Angelegenheiten, die keine grundsätzlichen Entscheidungen beinhalten, welche die ganze Gesellschaft betreffen, dem Generalat zur Erledigung übertragen.

7.18 Die Verfahrensnormen für außerordentliche Generalkapitel sind vom Generalat denen der ordentlichen Generalkapitel anzugleichen.

7.19 Die Mitglieder des Generalates werden wie folgt gewählt:

a) Der Generalobere wird vom Generalkapitel mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Kapitulare gemäß dem folgenden Verfahren gewählt:

Vor der eigentlichen Wahl kann das Generalkapitel sich für eine oder mehrere Testwahlen entscheiden, in der jeder Wähler zwei Namen in der Reihenfolge der Priorität nennt. Die Ergebnisse der Testwahlen werden veröffentlicht und zwar mit Angabe der Stimmenzahl an erster und zweiter Stelle, die ein Mitglied erhalten hat.

Bei der eigentlichen Wahl schreiben die Wähler im ersten Wahlgang den Namen ihres Kandidaten auf den Wahlzettel; es steht ihnen frei, unter den für das Amt wählbaren

Kandidaten jeden zu wählen, den sie für würdig halten. Hat in diesem Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten erreicht, erfolgt nach dem gleichen Verfahren ein zweiter Wahlgang und wenn notwendig ein dritter.

Im vierten Wahlgang werden die Namen der beiden Kandidaten (oder mehr als zwei bei Stimmengleichheit), die im dritten Wahlgang die höchste Stimmenzahl erhalten haben, auf die Wahlliste gesetzt. Falls dieser Wahlgang kein Ergebnis bringt, folgt ein fünfter in der gleichen Weise wie der vierte. Wenn der fünfte Wahlgang mit gleicher Stimmenzahl für die beiden Kandidaten endet, ist das Mitglied gewählt, das früher die erste Profess abgelegt hat; oder wenn beide zu gleicher Zeit Profess abgelegt haben, ist der ältere zum Generalobern gewählt.

b) Der Generalvikar wird vom Generalobern zur Wahl vorgeschlagen und vom Generalkapitel auf folgende Weise gewählt: Der Generalobere legt die Namen von bis zu drei wählbaren Mitgliedern vor. Die Wahl selbst geht auf die gleiche Weise vor sich wie die Wahl des Generalobern. (siehe oben, GD 7.19a)).

c) Die anderen Generalkonsultoren werden in der folgenden Weise zur Wahl vorgeschlagen und gewählt: Nach Beratung mit dem Generalvikar und anderen Kapitularen schlägt der Generalobere, eingedenk der besonderen Aufgaben, die auszuführen sind, ein wählbares Mitglied für jedes Amt vor und legt die Liste der vorgeschlagenen Kandidaten dem Generalkapitel vor. Das Generalkapitel behandelt die Vorschläge für jedes Amt getrennt und die Wahl wird in derselben Weise fortgesetzt wie die Wahl des Generalobern.

7.20 Das Generalkapitel überprüft das Leben der Gesellschaft und ihren apostolischen Geist im Licht des Charismas der Gesellschaft. Es trifft alle Entscheidungen durch Abstimmung oder durch Wahl. Alle Entscheidungen benötigen, wenn nichts anderes ausdrücklich bestimmt ist, die absolute Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten.

Zu den Aufgaben des Generalkapitels gehören:

a) Änderungen in den Konstitutionen vorzunehmen, die dann der Gutheißung des Heiligen Stuhles bedürfen. Solche Änderungen benötigen eine Zweidrittelmehrheit;

b) das Generaldirektorium zu revidieren. Solche Änderungen benötigen die Zweidrittelmehrheit;

c) Ordinationen und Weisungen, die das vorhergehende Generalkapitel erlassen hat, zu überprüfen;

d) neue Ordinationen und Weisungen zu erlassen;

- e) den Generalobern, die Generalkonsultoren, den Generalökonom und, wenn das Generalkapitel es wünscht, weitere Amtsträger zu wählen;
- f) die Mitglieder der Internationalen Finanzkommission zu wählen;
- g) Änderungen an den allgemeinen Verfahrensnormen für die internationale Leitung vorzunehmen;
- h) die Prioritäten für die nächste Amtszeit zu beschließen;
- i) internationale Kommissionen zu errichten und ihre Zuständigkeit zu beschreiben;
- j) die Rechenschaftsberichte, die vom Generalobern, den Konsultoren, dem Generalökonom sowie den Obern der Provinzen, Pro-Provinzen und Vikariate vorgelegt werden, zu prüfen;
- k) den zweijährigen Finanzplan, der vom Generalat vorgelegt wird, zu billigen oder zu verbessern und die Höhe der Kontributionen der Provinzen, die für die Tätigkeit des Generalates und die Unterstützung der internationalen Projekte notwendig sind, festzulegen;
- l) Ordinationen zu erlassen, die die Vollmachten des Generalates bezüglich des Abschlusses und der Auflösung von Verträgen im Namen der Gesellschaft, der Aufnahme von Schulden oder anderen Verpflichtungen, der Billigung von Ausgaben und der Anlage von Geldern festlegen, vorausgesetzt, dass es sich in all diesen Fällen um Gelder oder Güter des Generalates handelt;
- m) für die Veröffentlichung von Berichten für alle Mitglieder über den allgemeinen Stand der Gesellschaft und über die Tätigkeit des Generalkapitels zu sorgen. Das Generalat macht die Herausgabe und Korrektur.
- n) den Zeitraum im Anschluss an das Generalkapitel festzulegen, innerhalb dessen Provinzkapitel stattfinden müssen, um den Anweisungen des Generalkapitels Folge zu leisten.

## *DIE GENERALSYNODE*

7.21 Alle Sitzungen der Generalsynode finden zu einer Zeit und an einem Ort statt, die vom Generalat nach Befragung der Mitglieder der Generalsynode festgelegt werden. Eine ordentliche Generalsynode findet alle zwei Jahre nach dem ordentlichen Generalkapitel statt. Außerordentliche Sitzungen können vom Generalat oder auf Verlangen von wenigstens der Hälfte der Mitglieder der Generalsynode einberufen werden. Zur Gültigkeit

der Generalsynode ist die Teilnahme von zwei Dritteln der Mitglieder an den Sitzungen erforderlich.

7.22 Die Obern von Vikariaten sind bei Generalsynoden Beobachter. Das Generalat oder die Generalsynode können in eigener Vollmacht oder auf Ersuchen eines Provinzobern andere Beobachter Fachleute zur Generalsynode berufen. Beobachter und Fachleute sind keine Mitglieder der Generalsynode und haben weder aktives Stimmrecht noch passives Wahlrecht für irgendein Amt in der Synode.

7.23 Die Verfahrensnormen für alle Sitzungen der Generalsynode werden vom Generalat denen des Generalkapitels angeglichen und bedürfen der Gutheißung durch die Synode.

7.24 Als ein erweiterter Generalrat kann die Generalsynode zu jeder Zeit befragt werden. Zu den Aufgaben der Generalsynode in ordentlicher Sitzung gehören:

- a) die Berichte, die vom Generalat, vom Provinzobern und den Amtsträgern des Generalates vorgelegt werden, zu überprüfen;
- b) die Prioritäten, die vom Generalkapitel aufgestellt werden, zu überprüfen und nötigenfalls zu revidieren;
- c) für die Veröffentlichung der Berichte über den allgemeinen Stand der Gesellschaft und über die Tätigkeiten der Generalsynode an alle Mitglieder zu sorgen;
- d) andere Aufgaben auszuführen, die ihr zugewiesen werden.

7.25 Die Zustimmung der Generalsynode wird vom Generalobern benötigt, um

- a) die Ordinationen des vorausgegangenen Generalkapitels gemäß der klaren Absicht des Kapitels zu verdeutlichen und anzupassen;
- b) den zweijährigen Finanzplan, der vom Generalat vorgelegt wird, zu billigen und Anpassungen im Kontributionsplan der Provinzen vorzunehmen, damit er durchgeführt werden kann;
- c) die freie Stelle des Generalvikars zu besetzen.
- d) die Art und Weise der Vorbereitung für das Generalkapitel und die Zusammensetzung und den Sitzungstermin der Vorbereitungskommission festzulegen.

7.26 Die Generalsynode hat das Recht, ein außerordentliches Generalkapitel mit einer Zweidrittelmehrheit der Stimmen zu verlangen.

7.27 Die außerordentliche Sitzung der Generalsynode behandelt die Angelegenheiten, für die sie einberufen wurde. Sie kann aber ebenso jede Aufgabe wahrnehmen, die der ordentlichen Generalsynode zukommt.

7.28 Die Mitglieder der Generalsynode können über alle Angelegenheiten abstimmen, die ihr vorgelegt werden, ausgenommen die Fälle, die sich beziehen auf

- a) ein Urteil über ihre eigenen Verwaltungstätigkeiten;
- b) die Rechtmäßigkeit oder Gültigkeit von Tätigkeiten oder Weisungen ihrer eigenen Provinz;
- c) ihre Ausführung von Weisungen, die das Generalkapitel oder die Generalsynode erlassen haben, oder die ihnen vom Generalat zugegangen sind.

#### *DAS GENERALAT*

7.29 Das Generalat setzt sich zusammen aus dem Generalobern, dem Generalvikar und wenigstens drei weiteren Konsultoren. Auf Vorschlag des neu gewählten Generalobern bestimmt das Generalkapitel die Zahl der Generalkonsultoren für seine Amtszeit mit absoluter Mehrheit der Anwesenden. Alle Generalkonsultoren werden vom Generalkapitel für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt und können immer wieder gewählt werden.

7.30 Zusätzlich zu den Aufgaben, die in den Konstitutionen genannt werden, ist der Generalobere mit seinem Rat verantwortlich für die Förderung des apostolischen Zieles der Gesellschaft, ihre Ausbreitung, ihre Anfangsausbildung und ständige Weiterbildung und die Kommunikation. Besondere Aufgaben werden ihm durch jedes Generalkapitel übertragen.

7.31 Amtsträger des Generalates sind:

- a) der Generalökonom, der vom Generalkapitel für sechs Jahre gewählt wird;
- b) der Generalsekretär, der Generalmissionssekretär und der Prokurator beim Heiligen Stuhl; diese können auch Konsultoren sein und werden vom Generalat ernannt;
- c) der Postulator und der Generalarchivar; sie werden vom Generalat ernannt.

7.32 Der Generalobere kann den Generalkonsultoren verschiedene Aufgaben zuteilen, wenn das Wohl der Gesellschaft es verlangt. Dabei nimmt er ihre verschiedenen Fähigkeiten in Betracht.

Der Generalobere koordiniert und beaufsichtigt die Ausführung der Aufgaben der Konsultoren. Wichtige Entscheidungen, die das Amt oder den Bereich eines oder mehrerer Konsultoren berühren, werden vom Generaloberen mit der beratenden Stimme der Konsultoren getroffen.

7.33 Folgende Verfahrensnormen gelten bei den Sitzungen des Generalates:

- a) Der Generalobere beruft die Sitzungen ein und leitet sie.
- b) Eine Mehrheit der Mitglieder ist notwendig für die Beschlussfähigkeit. In Abwesenheit des Generaloberen werden Beschlüsse nur mit seiner Zustimmung gefasst.
- c) Zur Annahme eines Antrags ist, sofern nicht anders festgelegt, die einfache Mehrheit erforderlich. Bei der Zustimmung braucht der Generalobere die absolute Mehrheit seines Rates.
- d) Zur Gültigkeit einer Entscheidung mit einer beratenden Stimme muss der Generalobere seinen Rat hören, aber es steht ihm frei, nach seinem eigenen Gewissen zu entscheiden.

7.34 Das Generalat muss Provinzstatuten und Änderungen in ihnen innerhalb von drei Monaten nach ihrer Einreichung bearbeiten. Wenn das Generalat Statuten nicht gutheißt, kann es der Provinz Verbesserungsvorschläge machen. Wenn die Verbesserungsvorschläge angenommen werden, treten die Statuten sofort in Kraft. Wenn diese Empfehlungen nicht angenommen werden, hat die Provinz das Recht der Appellation an das Generalkapitel; die in Frage gestellten Statuten treten nicht in Kraft, bis sie gutgeheißen werden. Das gleiche gilt für Ordinationen des Provinzkapitels.

7.35 Der Generalobere mit der Zustimmung seines Rates

- a) approbiert die Ordinationen von Provinzkapiteln;
- b) approbiert die Ausbildungsprogramme der Provinzen;
- c) bestimmt näher die Arbeit derer, die zur Unterstützung des Generalates ernannt sind, und regelt sie;
- d) schließt oder löst im Namen der Gesellschaft Verträge;
- e) entscheidet, nach Befragung der beteiligten Provinzen, über Erweiterung, Begrenzung oder Aufhebung einzelner Tätigkeiten, an denen verschiedene Provinzen beteiligt sind;
- f) erteilt Provinzen Dispens von bestimmten Satzungen der Gesellschaft für eine begrenzte Zeit gemäß den Bestimmungen von Art. 805;

g) verabschiedet einen Verwaltungsplan für die Amtszeit, welcher die Prioritäten und Beschlüsse des Generalkapitels sowie andere erforderliche Angelegenheiten enthält;

h) schlägt zusammen mit der Internationalen Finanzkommission den Zweijahresplan für finanzielle Unternehmungen vor, der dem Generalkapitel oder der Generalsynode vorgelegt wird;

i) entscheidet, nach vorausgegangener Befragung, über die Veränderung des Status einer Provinz oder Pro-Provinz;

j) entscheidet über außerordentliche Ausgaben der Generalverwaltung zwischen 10.000.- € und 100.000.- €;

k) gibt Provinzen die Genehmigung zur Auflösung eines Hauses;

l) genehmigt die Änderung der apostolischen Ausrichtung einer Provinz;

m) ernennt Amtsträger, die nicht vom Generalkapitel gewählt werden;

n) billigt, nach der Beratung mit der Generalsynode und mit Empfehlung der Internationalen Finanzkommission, die Aufnahme von Schulden über 250.000.- € durch das Generalat oder durch Provinzen. Für eine solche Entscheidung ist eine Zweidrittelmehrheit aller Mitglieder des Generalates erforderlich;

o) besetzt die freie Stelle im Amt eines Generalkonsultors, des Generalökonoms oder eines Mitgliedes der Internationalen Finanzkommission;

p) nimmt den Amtsverzicht eines Mitgliedes der Internationalen Finanzkommission an oder spricht dessen Amtsenthebung aus;

q) ernennt die Ausbilder der internationalen Ausbildungshäuser nach Beratung mit den Oberen der entsprechenden Einheiten;

r) entscheidet in wichtigen Angelegenheiten, die das Gemeinwohl der ganzen Gesellschaft betreffen.

7.36 Zur Gültigkeit der Verzichtleistung eines Provinzobern ist erforderlich, dass sie vom Generalobern mit Zustimmung seines Rates angenommen wird. Wenn die Provinz die Bestätigung der Annahme erhalten hat, beginnt sie sofort mit dem Verfahren zur Besetzung des frei gewordenen Amtes.

7.37 Aus einem ernsten Grund kann ein Provinzoberer durch den Generalobern mit der Zustimmung seines Rates seines Amtes enthoben werden. Folgendes Verfahren wird angewandt:

a) Der Provinzoberer muss vom Generalobern über alle Gründe informiert werden. Er hat das Recht, auf die Anschuldigungen bzw. auf die angegebenen Gründe zu antworten, bevor er des Amtes enthoben werden kann. Es liegt in der Entscheidung des Provinzobern, ob er seinen Rat über die Gründe informieren will.

b) Wenn die Initiative von der Provinz ausgeht, erhält der Generaloberer eine schriftliche Anklage mit den Gründen, unterschrieben von der Mehrheit der Provinzkonsulta oder von einer Mehrheit der Mitglieder eines Provinzkapitels.

c) Der Provinzoberer kann sich an die Kongregation für die Institute des Geweihten Lebens und die Gemeinschaften des Apostolischen Lebens wenden, muss aber sicherstellen, dass deren zeitlichen Fristen genau eingehalten werden.

7.38 Wenn es notwendig oder angezeigt sein sollte, ein Mitglied mit ewigen Gelübden zu entlassen, sind die Richtlinien der Canones 694 - 700 bezüglich der Fälle, des Prozesses und der Verteidigung zu beachten.

7.39 Bei der Behandlung der Appellation einer Provinz oder eines Mitglieds beachtet der Generaloberer mit seinem Rat folgende Verfahrensnormen:

a) Beide Seiten können in einem gegebenen Fall an den Generalobern appellieren, gemäß den Provinzstatuten.

b) Wenn bei einer Appellation die Verfahrensnormen oder der Instanzenweg der Provinz nicht eingehalten wurden, ist sie dem Antragsteller zurückzuschicken.

c) Sind die Verfahrensnormen und Instanzenwege eingehalten, werden alle Akten, die mit dem Fall zu tun haben, an den Generalobern geschickt. Diese Akten müssen die Anklagepunkte gegen das Mitglied und seine Verteidigung enthalten.

d) Der Generaloberer mit der Zustimmung seines Rates kann die Entscheidung der Provinzautorität aufrechterhalten, ohne den Fall neu aufzunehmen, muss aber die rechtlichen Gründe für dieses Handeln darlegen (vgl. 723 f). Wird eine Berufung zurückgewiesen, ist es dem Mitglied freigestellt, innerhalb von dreißig Tagen nach Erhalt des Briefes an den Heiligen Stuhl zu appellieren.

e) Entschieden der Generaloberer, den Fall aufzunehmen, können beide, die Provinzautorität und das Mitglied neues Material vorlegen.

## *DER GENERALOBERE*

7.40 Die besonderen Aufgaben des Generaloberen sind:

- a) für die Ausführung der Entscheidungen des Generalkapitels zu sorgen;
- b) Ausführungsbestimmungen zu erlassen, die zur Erfüllung der Aufgaben der Generalkonsultoren, der Amtsträger und der Internationalen Kommissionen notwendig sind. Er kann auch den Provinzen Anweisungen und Empfehlungen geben, in Übereinstimmung mit den Leitungsgrundsätzen unserer Satzungen;
- c) internationale Projekte und Programme zu koordinieren und interprovinzielle Verträge vorzubereiten oder durchzuführen;
- d) Änderungen in Bezug auf die Amtsträger mit der Zustimmung seines Rates vorzunehmen.
- e) Veränderungen beim Mitarbeiterstab und bei den internationalen Kommissionen mit der beratenden Stimme seines Rates vorzunehmen.

7.41 Das folgende Verfahren wird beachtet, wenn der Generalobere eine offizielle Entscheidung oder Mitteilung veröffentlicht:

- a) Sie muss vom Generaloberen und dem Generalsekretär oder dessen Stellvertreter unterschrieben sein, um Gültigkeit zu haben.
- b) Sie enthält Angaben zum Verfahren oder zur geschriebenen Satzung, auf die sie gründet, und die Begründung für die Verfügung.
- c) Sie enthält das Datum, wann sie in Kraft tritt, und gibt an, wie eine eventuelle Berufung möglich ist.

7.42 Verfahren für eine ordentliche Visitation:

- a) Der Generalobere benachrichtigt den Obern der Einheit sechs Monate vorher über die Visitation zusammen mit dem Namen des Visitors. Der Obere der Einheit setzt ihre Mitglieder und Gemeinschaften von der Visitation in Kenntnis und schlägt einen Reiseplan für den Visitor vor.
- b) Wenn notwendig wird der Visitor von einem Übersetzer, einem Sekretär und von Fachleuten begleitet, die vom Generaloberen ernannt werden. Die Einheit sorgt für anderes Personal, das für die erfolgreiche Durchführung der Visitation notwendig ist.

c) Vor der Visitation überprüft die Einheit ihr Gemeinschaftsleben und ihre apostolischen Tätigkeiten anhand verschiedener Bewertungskriterien, die vom Generalat herausgegeben werden. Diese Kriterien sind dazu aufgestellt, eine Beurteilung möglich zu machen, wie weit die Provinz auf die Anforderungen der Konstitutionen und des Generaldirektoriums, auf die Beschlüsse eines Generalkapitels und auf die Provinzstatuten und Ordinationen eingeht. Ein Bericht über dieses Selbststudium wird dem Generalobern einen Monat vor der Visitation zugesandt.

d) Nach seiner Ankunft bespricht sich der Visitor mit dem Obern der Einheit und seinem Rat, besucht Niederlassungen von Gemeinschaften, trifft sich mit Mitbrüdern und erhebt ihre Ansichten, und geht nach Bedarf andere Angelegenheiten an.

e) Der Visitor hört den Obern der Einheit und seinen Rat sowie alle Seiten in jeder strittigen Angelegenheit, die ihm vorgelegt wird, sorgfältig an.

f) Am Ende der Visitation trifft sich der Visitor mit dem Oberen der Einheit und seinem Rat, um einen mündlichen Bericht zu geben und ihre Rückmeldung zu erheben.

g) Der Visitor gibt einen schriftlichen Bericht an den Generalobern mit seinem Rat. Nach Besprechung im Generalat schickt der Generalobere einen Brief mit seinen Beobachtungen und Empfehlungen oder Anordnungen zum Oberen der Einheit. Die Einheit unternimmt die nötigen Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen.

7.43 Der Generalobere kann eine außerordentliche Visitation in die Wege leiten, um besondere Themen von Belang in einer Einheit zu untersuchen und zu behandeln.

Der Generalobere ernennt mit der beratenden Stimme seines Rates den Visitor und erteilt entsprechende Leitlinien für die Visitation. Er informiert den Obern der Einheit über den Namen des Visitors und die Gründe, warum er geschickt wird.

Der Visitor erstattet dem Generalobern Bericht über seine Ergebnisse und spricht Empfehlungen aus. Der Generalobere entscheidet mit der entscheidenden Stimme seines Rates über notwendige Schritte und teilt seine Entscheidung dem Obern der Einheit mit.

## *AMTSTRÄGER UND KOMMISSIONEN*

### *DER GENERALÖKONOM*

7.44 Der Generalökonom wird vom Generalkapitel in der gleichen Weise wie ein Generalkonsultor gewählt. Er muss zu den Beratungen hinzugezogen werden, wenn das Generalat wirtschaftliche Angelegenheiten behandelt. Seine Aufgaben sind in den Satzungen näher beschrieben.

Zu seinen Aufgaben gehört auch:

- a) einen zweijährigen operativen Finanzplan für das Generalat zu erstellen und Jahr für Jahr anzupassen;
- b) Finanz-Unterlagen aller Teile der Gesellschaft und ihrer Büros zu sammeln;
- c) fungiert als Kontaktperson zwischen dem Generalat und der Internationalen Finanzkommission.

### *DER GENERALMISSIONSSEKRETÄR*

- 7.45 Der Generalmissionssekretär ist verantwortlich für die Angelegenheiten, welche die Missionseinheiten betreffen. Wenn er nicht Mitglied des Generalates ist, muss er zu allen Sitzungen desselben gerufen werden, in denen Missionsangelegenheiten erörtert werden. Er fördert das Interesse an unseren Missionseinheiten, fordert über den Generalobern Mitarbeiter für sie an und überwacht die Vorbereitung der Missionare. Er arbeitet mit den Missionsdirektoren der Provinzen zusammen und sucht die Verbindung zu kirchlichen, privaten und öffentlichen Hilfswerken.
- 7.46 Die Obern der missionarischen Einheiten legen ihre Haushaltspläne für das kommende Jahr dem Generalmissionssekretär bis spätestens 15. Dezember vor. Der Generalmissionssekretär legt diese Haushaltspläne dem Treffen der Missionsprokuratoren vor, das er einberuft, organisiert und bei dem er den Vorsitz hat. Dieses Treffen findet vor Ende Februar statt und legt die Beträge fest, die die Missionsprokuren zur Finanzierung dieser Haushalte zu geben imstande sind. Der Generalmissionssekretär legt das Ergebnis des Treffens dem Generalat zur Gutheißung vor, die bis spätestens 31. März gegeben werden soll.

Nach Beratung mit den Missionsprokuratoren entscheidet das Generalat, welchen Einheiten von den Missionsprokuren Finanzhilfe gegeben werden soll. Wenn die Missionsprokuratoren nicht imstande sind, alle vorgeschlagenen Missionshaushalte dieser Einheiten zu decken, sucht das Generalat nach Wegen, die Lücken zu schließen.

Die Obern der missionarischen Einheiten stellen jährlich ihre Bilanzen dem Generalmissionssekretär zu. Die Missionsprokuratoren erstatten dem Generalmissionssekretär einen Jahresbericht über die Missionsprokura ihrer Provinz. Der Generalmissionssekretär legt alle die Finanzen betreffenden Dokumente über die missionarischen Einheiten der internationalen Finanzkommission zu deren Information vor.

## *DER GENERALSEKRETÄR*

7.47 Der Generalsekretär erstellt das Protokoll der Sitzungen des Generalates und seine offizielle Niederschrift; er zeichnet alle offiziellen Dokumente des Generalates gegen. Weiter koordiniert er:

- a) die Arbeit der Sekretariatsmitglieder des Generalats;
- b) Veröffentlichungen im Auftrag des Generalats; dazu gehört eine Veröffentlichung (ANNALES), die mindestens einmal im Jahr erscheint und offizielle Mitteilungen sowie Berichte des Generalats und andere Artikel von allgemeinem Interesse für die ganze Gesellschaft enthält;
- c) die regelmäßige Herausgabe eines Informationsblattes mit aktuellen Nachrichten (INFORMATIONES);
- d) die Übersetzung von Berichten und Anweisungen;
- e) den interprovinziellen Austausch von Informationen;
- f) die Bereitstellung von Informationen über die Gesellschaft für die, die in den Provinzen für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind.

7.48 Er wird in seiner Arbeit von einem ausgebildeten Archivar und anderem ausgebildeten Personal unterstützt, soweit dies notwendig ist.

7.49 Der Generalarchivar sammelt das historische Material der Gesellschaft, ordnet es, bewahrt es im Generalarchiv auf und macht es gemäß den Archivregeln der Gesellschaft für Studien zugänglich. Er fördert und koordiniert die Zusammenarbeit mit den Archivaren der Provinzen, damit die Archive gut geordnet und geführt werden zum Nutzen der ganzen Gesellschaft.

Drei Exemplare aller Veröffentlichungen von Mitgliedern sowie aller Veröffentlichungen, die die Gesellschaft betreffen, sind an den Generalarchivar zu senden. Nähere Richtlinien geben die Provinzstatuten.

## *PERSONAL FÜR DAS GENERALAT*

7.50 Der Generalobere geht nach folgendem Verfahren bei der Bestellung von Offizialen und Mitarbeitern des Generalates vor:

- a) Er setzt die Provinzobern von den Bedürfnissen des Generalates in Kenntnis und bittet um qualifizierte Mitglieder.
- b) Wenn ein Mitglied für das Generalat arbeiten soll, wird darüber ein Vertrag geschlossen, unterzeichnet vom Generalobern, dem Provinzobern und dem Mitglied. Der Vertrag enthält eine Beschreibung der Aufgabe des Mitarbeiters, seine rechtliche Stellung innerhalb der Gemeinschaft, die Dauer des Dienstes und Bestimmungen über das Auslaufen des Vertrags.
- c) Wenn der Generaloberer nicht genügend oder keine qualifizierten Mitglieder als Mitarbeiter findet, hat das Generalat das Recht, Angestellte zu beschäftigen.

#### *INTERNATIONALE KOMMISSIONEN DER GESELLSCHAFT*

- 7.51 Das Generalkapitel kann durch Ordinationen Kommissionen errichten, die für die Arbeit des Generalates notwendig sind. Bei der Vorbereitung für das nächste Generalkapitel sorgt das Generalat für eine Auswertung der Effektivität jeder Kommission.
- 7.52 Die Vorsitzenden der internationalen Kommissionen werden durch den Generalobern mit der Zustimmung seines Rates ernannt. Mitglieder des Generalates können Vorsitzende dieser Kommissionen sein, mit Ausnahme der Internationalen Finanzkommission.
- 7.53 Alle Ausgaben der internationalen Kommissionen sind im Haushaltsplan des Generalates enthalten.
- 7.54 Die Internationale Finanzkommission ist eine ständige Kommission der Gesellschaft und besteht aus drei Mitgliedern, die vom Generalkapitel nach folgendem Verfahren gewählt werden:
  - a) Das neue Generalat schlägt nach Beratung mit den Provinzobern Kandidaten für die Kommission zur Wahl vor. Das Generalkapitel wählt sie auf dieselbe Weise wie die Generalkonsultoren.
  - b) Wird in der Internationalen Finanzkommission die Stelle eines Mitgliedes frei, ernennt der Generaloberer mit der Zustimmung seines Rates ein neues Mitglied.
- 7.55 Aufgabe der Internationalen Finanzkommission ist:
  - a) das Generalat in allen wichtigen wirtschaftlichen Angelegenheiten zu beraten;
  - b) dem Generalat für alle Unternehmungen der außerordentlichen Verwaltung, die den Betrag von 250.000.- € übersteigen, seine Empfehlung zu geben;

c) dem Generalat für die Aufnahme von Schulden des Generalates oder einer Provinz über 250.000.- € seine Empfehlung zu geben;

d) die Haushaltspläne der administrativen Einheiten, die von einer finanziellen Unterstützung auf der internationalen Ebene angewiesen sind, zu überprüfen und dem Generalat, der Generalsynode und dem Generalkapitel zu berichten;

e) den jährlichen Finanzbericht des Generalates und aller Provinzen zu überprüfen und dem Generalat, der Generalsynode und dem Generalkapitel zu berichten;

f) folgendes Verfahren einzuleiten, wenn sie der Meinung ist, dass eine Einheit in Finanzschwierigkeiten gerät oder zweifelhafte Finanzunternehmungen tätigt:

1) Die Finanzkommission hört die betroffene Einheit an und gibt dann Empfehlungen an den Generalobern und seinen Rat;

2) Nach der Gutheißung dieser Empfehlungen oder der Verabschiedung von Beschlüssen durch den Generalobern mit der Zustimmung seines Rates informiert der Generalökonom die Einheit über diese Empfehlungen oder Beschlüsse;

g) dem Generalat Lösungsvorschläge zu unterbreiten, wenn es nach ihrer Meinung in Finanzschwierigkeiten ist, und nötigenfalls einen Bericht an die Generalsynode zu geben;

h) jedes Jahr den zweijährigen operativen Finanzplan des Generalates zu überprüfen und die Höhe der Beiträge, die von den einzelnen Provinzen zur Unterstützung des Generalats für das nächste Geschäftsjahr geleistet werden, zu berechnen.

### *DER SITZ DES GENERALATES*

7.56 Alle Mitglieder des Generalates wohnen im internationalen Hauptsitz in Rom oder in dessen Nähe. Dieses Haus kann auch als internationales Studienhaus dienen.

7.57 Da das Haus nicht zu einer Provinz gehört, hat die Gemeinschaft das Recht, besondere Regeln für ihre Lebensweise zu erstellen und an der Wahl ihrer eigenen Leitung teilzunehmen, gemäß den Normen des Generaldirektoriums.

7.58 Die Appellationsinstanz für die Gemeinschaft des Mutterhauses besteht aus den Mitgliedern des Generalats. Wenn ein oder mehrere Mitglieder des Generalates von der Appellation betroffen sind, haben sie kein Stimmrecht.

## PROVINZEN, PRO-PROVINZEN UND VIKARIATE

7.59 Eine Provinz ist im Normalfall für ein bestimmtes Gebiet errichtet. Sie kann aber auch außerhalb dieses Gebietes Gemeinschaften haben. Sind andere Provinzen davon betroffen, dann braucht sie dafür deren Zustimmung. In Übereinstimmung mit dem allgemeinen und dem eigenen Recht besitzt eine Provinz das Recht:

- a) ihre eigene Leitungsform festzulegen;
- b) Mitglieder in die Provinz und somit in die Gesellschaft aufzunehmen;
- c) das Gemeinschaftsleben, das Apostolat und die Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung festzulegen;
- d) Häuser nach vorausgegangener Beratung zu errichten oder mit der Genehmigung des Generalobern und mit der Zustimmung seines Rates aufzulösen;
- e) alle anderen Angelegenheiten zu behandeln, die ihr durch unsere Satzungen oder durch Ordinationen des Generalkapitels zugestanden werden.

7.60 Eine Pro-Provinz hat in Übereinstimmung mit dem allgemeinen und dem eigenen Recht das Recht, ihre eigene Leitungsform zu bestimmen, Mitglieder in die Pro-Provinz aufzunehmen und ihr Gemeinschaftsleben zu gestalten. Das Generalat übernimmt eine besondere Sorge, der Pro-Provinz bei der Entwicklung zu helfen, besonders in den Bereichen der Berufsförderung, der Ausbildung, und des Apostolats. Die Pro-Provinz errichtet Häuser und löst sie auf mit der Zustimmung des Generalates.

7.61 Ein Vikariat steht unter der Sorge des Generalates und hat seine eigene Leitungsform. Es nimmt Mitglieder in die Gesellschaft auf und gestaltet sein Gemeinschaftsleben in Übereinstimmung mit den Statuten des Vikariates.

- a) Das Verhältnis des Generalobern zu einem Vikariat entspricht dem eines Provinzobern zu seiner Provinz. Der Generalobere kann für ein Vikariat an den Superior jene spezifischen Verwaltungsbefugnisse eines Provinzials delegieren, die er für die Person, den Ort und die Zeit für angemessen hält.
- b) Die Aufnahme von Schulden, der Verkauf oder Kauf von Immobilien und jede Transaktion von mehr als 25.000.- € bedarf der Zustimmung durch den Generalsuperior mit der Zustimmung seines Rates.
- c) Ein Mitglied der Generalkonsulta nimmt an einem Kapitel des Vikariats teil, wenn möglich derjenige Konsultor, der für das Vikariat zuständig ist.

- 7.62 Eine Region ist ein Teilgebiet einer Provinz, das durch die Provinzstatuten an die Provinz angebunden ist und durch eine Urkunde des Provinzobern und seines Rates errichtet wird. Die Rechte und Pflichten einer Region werden in der Urkunde, die Bestandteil der Provinzstatuten wird, näher festgelegt.
- 7.63 Die Einheiten senden die Protokolle und offiziellen Beschlüsse eines Kapitels, einer Versammlung oder einer Synode der Einheit sobald wie möglich an den Generalsekretär. Protokolle von Treffen der Konsulta oder eine Zusammenfassung davon werden auch an das Generalat geschickt.
- 7.64 Unter der Leitung des Generalobern oder in Zusammenarbeit mit ihm können die Provinzobern des gleichen kulturellen oder geographischen Raums ihre Mitglieder, ihre Tätigkeiten und finanziellen Mittel koordinieren, wenn sie oder die ganze Gesellschaft sich von diesem gemeinsamen Bemühen Nutzen versprechen.
- 7.65 Wo immer es nützlich ist, treffen Mitglieder, die in der Verwaltung tätig sind, und Kommissionen einzelner Provinzen zusammen und tauschen Informationen aus, um die gegenseitige Zusammenarbeit zu fördern.
- 7.66 Die Oberen der Einheiten können entweder selbst oder auf Ersuchen des Generalobern Mitglieder für eine befristete Zeit oder auf Dauer in eine andere Einheit versetzen. Wird eine solche Versetzung getätigt, wird gemäß folgendem Verfahren vorgegangen:
- a) Die Meinung des betreffenden Mitglieds wird von den Obern beider Einheiten gehört.
  - b) Ein Vertrag zwischen den Obern der beiden Einheiten legt die Dauer der Versetzung, den Grund der Versetzung, eine Vereinbarung über die Beendigung der Versetzung und weitere diesbezügliche Informationen fest.
  - c) Ein ständiger Wechsel in eine andere Einheit setzt unter anderem voraus, dass das betreffende Mitglied eine angemessene Zeit in der aufnehmenden Einheit gearbeitet hat.
  - d) Die Zustimmung beider Räte ist erforderlich. Das Mitglied und die Obern beider Einheiten unterzeichnen den Vertrag. Neben den beteiligten Parteien erhält auch das Generalat eine Kopie des Vertrags.
- 7.67 Die Provinzstatuten bestimmen, welche Instanz in der Zeit zwischen den Provinzkapiteln für notwendige, und/oder vom Generalat verlangte Änderungen in den Provinzstatuten und Provinzordinationen zuständig ist.
- 7.68 Die Provinzstatuten enthalten Normen, die garantieren, dass Programme und Weisungen der internationalen Gesellschaft durch die beteiligten Ämter, durch Programme, durch Mitbrüder oder durch Geld unterstützt werden.

## VERWALTUNG DER MATERIELLEN GÜTER

- 7.69 Gelder und Güter, die uns gespendet werden, dürfen nur nach dem Willen des Spenders verwendet werden. Sind diese nicht Eigentum der Gesellschaft, z. B. Gelder für die Missionen, müssen sie getrennt verwaltet werden.
- 7.70 Alle Gelder unserer Gemeinschaften müssen in die offiziellen Kassenbücher eingetragen und in der gemeinsamen Kasse aufbewahrt werden.
- 7.71 Die Hausobern und Hausökonomie befragen die Gemeinschaften und beachten ihre Entscheidungen über Ausgaben, die den ordentlichen Haushalt überschreiten. In solchen Fällen wird auch die finanzielle Lage der Provinz und der Gesellschaft als ganze gebührend berücksichtigt. Näheres regeln die Provinzstatuten.
- 7.72 Mitglieder, die mit der Verwaltung der zeitlichen Güter betraut sind, verwalten sie als Dienst für die Gemeinschaft und legen zu bestimmten Zeiten gemäß unseren Satzungen ausführliche Rechenschaft ab. Im Normalfall sollen die Ämter des Obern und des Ökonoms nicht miteinander verbunden sein. Für die Provinzen enthalten die Provinzstatuten nähere Regelungen.
- 7.73 Die Provinzstatuten bestimmen näher, über welche Beträge die einzelnen Hausgemeinschaften und die Mitglieder, die allein leben, in eigener Verantwortung verfügen können und wie sie der Provinz gegenüber Rechenschaft geben.
- 7.74 Jede Einheit hat eine Finanzkommission, die vom Kapitel der Einheit gewählt wird. Die Mitglieder dürfen nicht zur Konsulta der Einheit gehören. Der Ökonom der Einheit nimmt ohne Stimmrecht an den Sitzungen der Kommission teil. Die Statuten der Einheit geben an, wofür die Kommission verantwortlich ist.
- 7.75 Die finanzielle Verwaltung aller Apostolate, einschließlich derer, die von der Gemeinschaft als solcher getragen werden, ist von der Verwaltung der Güter, die der Gemeinschaft eigen sind, so weit wie möglich zu trennen, damit die finanziellen Zusammenhänge in unseren Apostolaten besser gesehen werden und unsere Einstellung bezüglich der Armut besser bewertet werden kann.
- 7.76 Es ist Aufgabe der Ökonomie
- a) alle Akten, die Verträge betreffen, und alle Dokumente über wirtschaftliche Unternehmungen sorgfältig aufzubewahren;
  - b) ein laufendes Inventarverzeichnis und eine Wertbestimmung aller beweglichen und unbeweglichen Güter zu führen;

- c) ein besonderes Verzeichnis der Messstipendien zu führen, in das die Anzahl, die Intentionen, das Stipendium und die Erfüllung der Verpflichtung eingetragen werden: Der Obere oder sein Vertreter soll diese Eintragungen regelmäßig überprüfen;
- d) ein Verzeichnis der Verpflichtungen aus Stiftungen mit Eintrag des Almosens und eventuell der Erfüllung der Verpflichtung zu führen;
- e) eine monatliche Abrechnung und eine jährliche Vermögens- und Ergebnisbilanz zu erstellen;
- f) einen jährlichen Haushaltsplan vorzubereiten;
- g) eine Jahresbilanz durch einen amtlichen Buchprüfer erstellen zu lassen.

7.77 Für die Vorlage der Finanzberichte der Einheiten und des Generalökonoms gelten die folgenden Regelungen:

- a) eine durch einen amtlichen Buchprüfer erstellte Jahresbilanz ist dem Generalökonom innerhalb von neun Monaten nach dem Ende des Finanzjahres der Einheit vorzulegen. Wenn dies nicht möglich ist, sollte eine Erklärung an den Generalökonom gesendet werden;
- b) die jährlichen Finanzberichte der Provinzen werden vom Generalökonom sorgfältig geprüft. Er stellt auch eventuell notwendige Nachfragen; zusammen mit dem Finanzbericht des Generalats legt er diese Finanzberichte, nach Umrechnung in eine gemeinsame Währung, dem Generalat und der Finanzkommission zur Überprüfung vor;
- c) der Generalökonom legt die Gesamtbilanz und die Bilanz des Generalats mit dem Bericht der Finanzkommission bei der nächsten Sitzung der Generalsynode oder dem Generalkapitel vor.

7.78 Der Generalökonom hat das Recht, in die Finanzverwaltung der Einheiten und der unmittelbar dem Generalat unterstellten Häuser Einsicht zu nehmen. Jede Empfehlung, die er auf Grund dieser Einsichtnahme abgibt, muss vom Generalobern mit der Zustimmung seines Rates gutgeheißen werden. Er unterrichtet den Provinzobern und den Ökonomen über seine Empfehlungen, bevor er sie dem Generalat unterbreitet.

7.79 Zur außerordentlichen Verwaltung gehören:

- a) Kauf und Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und anderen Wertobjekten;
- b) Kauf von langlebigen Einrichtungen (technische Anlagen), soweit es sich nicht um Ersatzbeschaffung handelt;

- c) Umbauten und Erweiterungsbauten;
- d) Belastung von Eigentum mit Hypotheken und Aufnahme von Schulden;
- e) Änderung des Zweckes eines unbeweglichen Gutes, z. B. Verpachtung oder Vermietung von Eigentum der Gesellschaft an Außenstehende;
- f) Übernahme von Bürgschaften, Treuhandvermögen und mit Verpflichtungen verbundene Schenkungen.

7.80 Finanzielle Unternehmungen der außerordentlichen Verwaltung werden nach folgendem Verfahren abgewickelt:

- a) Die Provinzstatuten bestimmen, für welchen Betrag eine Hausgemeinschaft die Genehmigung des Provinzobern mit der Zustimmung seines Rates benötigt.
- b) Eine Provinz und das Generalat können finanzielle Unternehmungen bis zu einer Höhe von 250.000.- € selbständig vornehmen. Für Unternehmungen, die diese Summe überschreiten, wird die Zustimmung des Generalobern mit der Zustimmung seines Rates mit einer Empfehlung der Finanzkommission benötigt.
- c) Für die Übernahme von Schulden über 250.000.- € durch das Generalat oder eine Provinz ist die Zustimmung des Generalates mit einer Zweidrittelmehrheit erfordert. Vor dieser Entscheidung wird das Generalat die Mitglieder der Generalsynode konsultieren und die Empfehlung der Finanzkommission entgegennehmen.
- d) In allen Fällen muss darauf geachtet werden, dass keine andere Provinz dadurch belastet wird.
- e) Das Generalat und die Provinzen müssen die Vorschriften, die vom Heiligen Stuhl für die einzelnen Länder herausgegeben wurden, beachten, die angeben, für welche Beträge sie die besondere Zustimmung des Heiligen Stuhles benötigen.

7.81 Die Einheiten leisten die Kontribution so bald möglich nach dem 1. Januar. Mindestens die erste Hälfte wird bis Ende Mai und die zweite Hälfte bis spätestens Ende September bezahlt. Wenn eine Einheit dies nicht einhalten kann, schreibt der Ökonom der Einheit eine Erklärung an den Generalökonom.

7.82 Wenn irgendwelche Immobilien, die mit Fonds der internationalen Gesellschaft gekauft oder gebaut wurden, in Zukunft verkauft werden, soll ein Teil des Erlöses an das Generalat zurückgezahlt werden und zwar entsprechend dem Anteil an den Gesamtkosten, den die internationale Gesellschaft geleistet hat. Die Höhe des ursprünglichen Beitrags aus der internationalen Gesellschaft muss in der Bilanz der Einheit ersichtlich sein, um in Zukunft

nachzuweisen, dass sie vorhanden sind. Gelder, die aus dem Verkauf von Immobilien in einem ursprünglichen Missionsgebiet an das Generalat zurückfließen, werden wieder in die Missionen investiert.

7.83 Eine Einheit gibt mindestens 20 Prozent der Einnahmen aus dem Verkauf von Immobilien an das Generalat für die salvatorianischen Missionen, Ausbreitungseinheiten oder Neugründungen. Immobilien, die Einnahmen erzeugen, und die verkauft werden, um in Immobilien reinvestiert zu werden, die Einnahmen erzeugen, sind von dieser Regelung ausgenommen. Immobilien, die verkauft werden, um die Einnahmen in ein anderes Apostolat der Einheit zu reinvestieren, sind von dieser Regelung ausgenommen.

7.84 Alle Provinzen sollten als Ausdruck der Solidarität und Mitverantwortung sowie als Zeichen gelebter Armut mindestens ein Prozent ihrer Brutto-Einnahmen für salvatorianische Missionswerke durch ihre eigenen Missionsprokuren abgeben. Daneben tragen sie noch mal ein Prozent ihrer Brutto-Einnahmen zum Aufbau des Franziskus Jordanfonds bei. Die Erfüllung dieser Verpflichtungen sollte sich in ihren Jahresbilanzen widerspiegeln, wobei die Formulare benutzt werden sollten, die der Generalökonom zur Verfügung stellt.

#### *FONDS DES GENERALATS*

7.85 Der zweckgebundene Fonds von 250.000 Euro soll investiert bleiben. Die Zinsen daraus können entweder für die laufenden Ausgaben des Generalates oder auch zur Aufstockung des Fonds verwendet werden. Um von dem Fonds Gebrauch machen zu können, ist die Empfehlung der Internationalen Finanzkommission notwendig.

7.86 Der Solidaritätsfonds ist dazu da, den Einheiten zu helfen, die finanzielle Unterstützung brauchen, um notwendige Projekte durchzuführen.

a) Ein prozentualer Anteil der Bruttoeinnahmen der Einheiten wird jährlich auf den Solidaritätsfonds überwiesen. Der Prozentsatz wird durch eine Generalsynode oder ein Generalkapitel festgelegt.

b) Anfragen um finanzielle Hilfe aus dem Solidaritätsfonds werden dem Generalat durch den Generalökonom vorgelegt. Das Generalat überprüft das Gesuch sorgfältig und legt es zusammen mit dem Prüfergebnis der Internationalen Finanzkommission zur Empfehlung vor. Die endgültige Genehmigung für das Unternehmen und die zugestandene Summe kann das Generalat nur mit der Empfehlung der Internationalen Finanzkommission erteilen.

c) Wenn die angeforderte Summe die Möglichkeiten des Solidaritätsfonds überschreitet, kann das Generalat die Provinzen um Hilfe ersuchen. Das Generalat kann die Genehmigung für das Unternehmen und die zugestandene Summe erteilen, nachdem es von den Provinzen die genauen Summen ihrer Spenden erfahren hat.

7.87 Der Projektfonds ist eine getrennte Rechnungseinheit und wird vom Generalat geführt zur Verwaltung größerer Projekte und außerordentlicher Ausgaben. Der Hauptgrund für diese Rechnungseinheit ist, diese Ausgaben von der Generalverwaltung und vom Mutterhaus getrennt zu halten. Alle Mieteinnahmen vom Hotel, von den Läden usw. im Mutterhaus fließen in den Projektfonds.

7.88 Der Franziskus Jordan-Fonds hat folgende Zwecke:

- a) die Anfangsausbildung in den Ausbreitungseinheiten zu finanzieren, bei den administrativen Kosten des Generalats zu helfen, ein Darlehen für den Umbau des Mutterhauses bereitzustellen, und ein Patrimonium in Ausbreitungseinheiten zu erstehen.
- b) Der Generalobere mit der Zustimmung seines Rates entscheidet auf Empfehlung der Internationalen Finanzkommission (IFC) und des Generalökonomen über die Aufteilung der Anlagen (d.h. wie das Geld angelegt wird). Die IFC und der Generalökonom empfehlen dem Generalat auch, wo das Geld angelegt werden sollte. Jährliche Zuschüsse betragen nicht mehr als 5% des gleitenden Drei-Jahres-Durchschnitts des Fondswertes. Der Generalobere mit der entscheidenden Stimme seines Rates bewilligt auf Empfehlung der IFC und des Generalökonomen Zuschüsse und Darlehen.

## 8. KAPITEL

### UNSERE SATZUNGEN SINN - VERPFLICHTUNG - AUSLEGUNG

8.1 Die offizielle Sprache der Konstitutionen und des Generaldirektoriums ist Englisch.

8.2 Das Generalat genehmigt Übersetzungen des offiziellen Textes.